

blick nach

rechts

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 19. Jahrgang, Nr. 24, 28. November 2002

Antifaschistisches Pressearchiv und
Bildungszentrum Berlin e.V.
Falkensteinstraße 46, 10997 Berlin
Tel./Fax: 030 4911 62 49
Blz: 10050000/Kto-Nr. 0670017787

Einblicke

Anfangen

Von Heiner Lichtenstein

Wenn man nach den Anfängen der Berliner Baugrube sucht, muss man tief in die Archive steigen. Diskutiert wurde darüber schon zu Zeiten von Helmut Kohl, doch erst im Herbst 1998 nach dem Wahlerfolg für Rot-Grün schien Leben in die Debatte zu kommen. Gerhard Schröder machte Dampf, der schier endlose Streit um die Entschädigung der Zwangsarbeiter endete erfolgreich, wenngleich das Projekt nicht übermäßig populär war. Schröder hatte die Sache dennoch oder gerade deshalb zur Chefsache gemacht und sich im Aus- und Inland hohes Ansehen erarbeitet. Nun stehen wir wieder am Beginn einer Legislaturperiode. Der Aufschwung lässt auf sich warten, die Stimmung scheint alles andere als rosig. Gleichzeitig stehen uns unumgängliche Jahrestage voraus. Von Stalingrad war am Volkstrauertag die Rede. 1933 zwingt nicht nur zur Erinnerung an den 30. Januar 1933. Gewerkschaftsverbot, die Pogromnacht im November 1938 und andere Daten stehen gleichfalls an, ebenso Rückblicke auf Daten der DDR wie den Aufstand am 17. Juni 1953.

In der Diskussion um das Mahnmal für die ermordeten europäischen Juden in Berlin gab es in den zurückliegenden Monaten allenfalls Abartiges und Albernese zu vermeiden. Erinnert sei an das unsägliche Plakat mit dem Textanfang „Den Holocaust hat es nie gegeben“ oder jüngst die Werbung mit der Stimme von Claudia Schiffer. Der Streit ist beigelegt, aber die Erfinderin beider Aktionen, Lea Rosh, hat weitere „fantasievolle Kampagnen“ angekündigt. Um wieder ernst genommen zu werden, ist Seriosität gefordert. Genau das ist die Zeit der Regierung. Der Beschluss, das Mahnmal zu errichten, ist gefasst. Am 30. Januar nächsten Jahres sind 70 Jahre seit der Machtergreifung der Nazis vergangen. Es gibt keinen geeigneteren Tag, ein weltweit beachtetes Zeichen zu setzen. Gerade in Zeiten knapper Finanzen mit dem Bau zu beginnen, würde der Bundesregierung zumindest im Ausland viel Zustimmung einbringen und innenpolitisch als Signal verstanden. Fangt endlich an.

Fehlende Abgrenzung

Örtlicher Funktionär der Schill-Partei in Nordrhein-Westfalen ist bekennender Neonazi. **Seite 3 ■**

Kontroverse Debatte

Die „Neue“ Rechte entwickelt gegensätzliche Positionen hinsichtlich der Haltung zum Islam. **Seite 4 ■**

Verzögerungsstrategie

Im Dresdner Verfahren gegen Mitglieder der Skinheads Sächsische Schweiz setzt die Verteidigung offenbar auf Prozessverschleppung. **Seite 6 ■**

Generationswechsel

Marine Le Pen schickt sich an, die Nachfolge ihres Vaters, des langjährigen Parteichefs des Front National, zu übernehmen. **Seite 8 ■**

Mord in der Uckermark

Rechtsextreme haben in einem brandenburgischen Dorf einen Jugendlichen zu Tode gequält. **Seite 10 ■**

Meldungen

Seite 14 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information
und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Lölhöfel
Redaktion: Gabriele Nandlinger

Hintergrund**Marksteine**

Das Luxemburger Abkommen von 1952 war eine Grundlage für den Weg der Bundesrepublik in die demokratische Welt.

„Es galt und gilt, die Folgen des nationalsozialistischen Unrechts der Vergangenheit durch staatliche Wiedergutmachung in der Gegenwart zu lindern“, versicherte kürzlich Bundeskanzler Gerhard Schröder dem Präsidenten der Jewish Claims Conference (CC), Israel Singer, in New York. Anlass boten zwei Ereignisse, die vor 50 Jahren für die Bundesrepublik wie für Israel Marksteine in ihrer Geschichte waren. Denn vor einem halben Jahrhundert unterzeichneten im Rathaus der Stadt Luxemburg Bundeskanzler Konrad Adenauer und der ehemalige Außenminister Israels, Moshe Scharett, ein Abkommen, in dessen Folge die junge Bonner Republik Aufnahme in die Gemeinschaft der freien Völker fand und Israel beim Aufbau seines erst vier Jahre jungen Staates grundlegend geholfen wurde. Gleichzeitig entstand eine Einrichtung, die ihr Geschäftsführer Karl Brozik in einem Gespräch mit der Zeitschrift „Tribüne“ so beschreibt: „Das Luxemburger Abkommen bestand ja aus zwei Protokollen: eines war für Israel bestimmt und ein zweites wurde zur Grundlage der Entschädigungspolitik Deutschlands. Das wurde mit der Claims Conference abgeschlossen.“ Zuvor hatten israelische und deutsche Fachleute in den Niederlanden sechs Monate lang miteinander verhandelt, um die Basis für das Abkommen zu erarbeiten.

Adenauer wusste, dass der Bundesrepublik der Weg in die demokratische Welt so lange verschlossen bleiben werde, bis Bonn Verantwortung für den Völkermord übernehmen und finanzielle Zahlungen leisten werde. Bei Israel ging es einerseits um Aufbauhilfe, andererseits aber auch um eine moralische Perspektive. Der damalige israelische Ministerpräsident David Ben Gurion betonte: „Zum ersten Mal in der Geschichte des jüdischen Volkes, das Jahrhunderte lang unterdrückt und ausgeraubt wurde, muss sein Unterdrücker und Plünderer Teile des Geplünderten zurückgeben und Entschädigung für einige materielle Schäden zahlen.“

Mit der Unterzeichnung am 10. September 1952 ging für Kanzler Adenauer ein Traum in Erfüllung. 1949, zu Beginn seiner Amtszeit, hatte er sinn-

gemäß erklärt, außenpolitisch stünden für ihn die Freundschaft mit dem „Erbfeind“ Frankreich und Aussöhnung mit dem jüdischen Volk an oberster Stelle. Die Grundlage für den ersten Wunsch hatte er durch die engen Beziehungen mit Frankreichs Staatspräsident Charles de Gaulle gelegt, wofür es in beiden Ländern Zustimmung gab. Anders sah es beim Luxemburger Abkommen aus. In Bonn war es vor allem Finanzminister Fritz Schäffer (CSU), der sich massiv gegen Finanzleistungen stemmte. Aber auch bei der Union gab es Widerstand. Er zeigte sich unübersehbar bei der Abstimmung über das Abkommen im Deutschen Bundestag. Nur durch die einstimmige Annahme durch die SPD-Fraktion erhielt Adenauer die notwendige Mehrheit.

■ Kein deutsches „Blutgeld“ ■

Die Bundesrepublik verpflichtete sich bis zum Jahre 1965 insgesamt zu Leistungen in Höhe von 3,45 Milliarden Mark. Drei Milliarden wurden in Form von Waren und Dienstleistungen zugesagt, 450 Millionen gingen an die zu gründende Jewish Claims Conference als Hilfe für jüdische Flüchtlinge weltweit. Gegen dieses Abkommen gab es nicht nur im Bundestag und bei den Rechten in der BRD Widerstand, sondern auch und vor allem in Israel. Zu wenig Zeit war seit der Befreiung vergangen. Überlebende wollten kein deutsches „Blutgeld“. An der Spitze des Widerstandes agierte der spätere Ministerpräsident Yitzak Schamir. Dennoch war Israel auf die Hilfe dringend angewiesen – neben dem Aufbau besonders für die Aufnahme von Flüchtlingen, die seit der Staatsgründung im Mai 1948 ins Land kamen. Andererseits half das Abkommen der deutschen Wirtschaft. Ein Viertel der zugesagten drei Milliarden kam in Sachleistungen aus der Bundesrepublik. Die deutsche Industrie wurde mit etwa 60 000 Aufträgen bedacht, die bei der Entwicklung des „Wirtschaftswunders“ halfen.

Es entwickelten sich erste Beziehungen auf wirtschaftlicher, finanzieller und politischer Ebene. Als Israel erkannte, dass die Bundesregierung sich peinlich genau an das Abkommen hielt, kam es zu politischen Kontakten, aus denen 1965 diplomatische Beziehungen wurden. Bis heute hat die Bundesrepublik durch Gesetze, Verträge und Abkommen 105 Milliarden Mark für die Entschädigung von NS-Opfern aufgebracht. Wenn alles „abgewickelt“ ist, wird Deutschland rund 71,5 Milliarden Euro für die Entschädigung gezahlt haben, die in Israel „Schilumin“ heißt. *Heiner Lichtenstein*

Aktivitäten

Alles, was recht(s) ist**Bekennender Neonazi leitet Ortsverband der Schill-Partei in Nordrhein-Westfalen.**

Der nordrhein-westfälische Landesverband der Partei Rechtsstaatliche Offensive des Hamburger Innensenators Ronald Barnabas Schill meldet Ende November auf seiner Homepage stolze 1246 Mitglieder, verteilt auf 39 Orts- und Kreisverbände. „Rechtsextremisten“, so der Bundesvorsitzende Schill, hätten in der Partei nichts verloren: „Wir haben eine Aversion gegen Rechtsextremisten“. Schließlich – so steht es in der Präambel – möchte man den „Schutz der Gemeinschaft vor kriminellen und/oder subversiven sowie autonomen Kräften“ sicherstellen und „verurteilt jegliche Art von politischem Extremismus ... aufs Schärfste.“ Angeblich überprüft die Schill-Partei deswegen sogar Bewerber auf eine Mitgliedschaft via Internet.

Darauf, dass eine solche Vorgehensweise weder praktiziert wird, noch in Hinblick auf den kräftezehrenden und personell aufwändigen Bundestagswahlkampf erwünscht war, deutet einiges. Allein bei besonders rufschädigendem Verhalten erfolgt ein Parteiausschluss. Ein Beispiel aus Nordrhein-Westfalen ist das des ehemaligen CDU-Bundestagsabgeordneten und späteren Schill-Bezirksverbandsvorsitzenden Düsseldorf, Frederick Schulze. Dieser hatte am 11. September bei einer Wahlkampfveranstaltung Gegendemonstranten zugerufen, sie mögen sich doch Arbeit suchen, denn „Arbeit macht frei“ (vgl. BnR 20/02). Gegen ihn läuft derzeit ein Parteiausschlussverfahren.

Auch aus der militanten Neonaziszene, die die Schill-Partei eigentlich misstrauisch bis deutlich abweisend beäugt, gibt es gelungene Vorstöße, Einfluss auf das Parteigeschehen zu nehmen. Nach Recherchen von Antifaschisten aus Düsseldorf wird mit dem Schill-Ortsverband Mettmann I seit dem 5. September mindestens eine lokale Untergliederung des NRW-Landesverbandes von einem bekennenden Neonazi geleitet: Dennis Ansgar Seegers, laut Pressemitteilung der Antifaschistischen Aktion Düsseldorf ein ehemaliges Mitglied der Jungen Nationaldemokraten und heute dem Spektrum der Freien Kameradschaften um den Hamburger Christian Worch und dem nahen Umfeld der „Kameradschaft Düsseldorf“ zuzurechnen.

In Mettmann trat Seegers unter dem Logo „Widerstand in Mettmann“ in Erscheinung. Noch drei Wochen vor seiner Wahl zum Ortsverbandsvorsitzenden soll er am 17. August dieses Jahres am Gedenkmarsh anlässlich des 15. Todestages von Rudolf Heß in Wunsiedel teilgenommen haben. Auch als Rechts-Rocker ist Seegers bekannt: „Hast Du jemals bereut, ein ‘Nazi’ zu sein?“, fragt der Sänger und Gitarrist auf der ersten CD seiner Band „Eskil“ sein Publikum, um dann zum Durchhalten aufzufordern und abschließend festzustellen: „wenn Du uns vertraust, ... können wir es schaffen.“ Produziert wurde die CD vom NPD-Funktionär Jens Pühse, „abgemischt ... am Tag als I. starb.“ Gemeint ist Ignatz Bubis, der ehemalige Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland. Dem für den Kreis Mettmann zuständigen Polizeilichen Staatsschutz Düsseldorf ist Seegers aus mehreren Ermittlungsverfahren bestens bekannt. Einige der Kollegen im Kreis Mettmann scheint dies wenig zu stören. Sie arbeiten sogar in der selben Kreisverbandsstruktur wie Seegers, beispielsweise Kriminalhauptkommissar Udo Fuest, stellvertretender Vorsitzender des Kreisverbandes und Direktkandidat bei den Bundestagswahlen. Seine Frau, Renate Fuest, vertritt laut Homepage des Ortsverbandes Seegers sogar als zweite Stellvertreterin.

■ Dem Staatsschutz in Düsseldorf bestens bekannt ■

Derweil konzentriert sich der Vorsitzende des Schill-Kreisverbandes Mettmann, Wilfried Kaussen, darauf, mehr Rechtsbewusstsein in der Partei zu fordern. Es sei, so Kaussen, beim Gründungsparteitag des NRW-Landesverbandes am 27. Oktober zu krassen Unstimmigkeiten bei der Stimmabgabe gekommen. „Die Stimmzettel wären päckchenweise in die Urne geworfen worden“ berichtet die „Hamburger Morgenpost“ über Kaussens Vorwurf. Offenbar ist die vom frisch gewählten Schill-Landesvorsitzenden Dieter Mückenberger zur Schau gestellte Einigkeit nicht mehr als Fassade. „Ich habe einen Traum, dass wir uns ... die Hände reichen und gemeinsam das Lied anstimmen, welches uns verbindet“, so Mückenberger. Schon bei der Auswahl der zu singenden Strophen des „Liedes aller Deutschen“ dürfte es in der Partei unterschiedliche Positionen geben. Den Parteivorsitzenden in Hamburg indes stört das wenig. Mit „Querulanten“ wie Kaussen weiß er „umzugehen“. Entweder sie parieren oder sie bekommen seine „starke Hand“ zu spüren. *Pierre Brieger*

Hintergrund**Freund oder Feind**

Bei der „Neuen“ Rechten bestehen mittlerweile gegensätzliche Positionen hinsichtlich der Haltung zum Islam.

Im Koran, so urteilte der faschistische Theoretiker Maurice Bardèche in seinem 1962 erschienenen Band „Was ist Faschismus?“, gäbe es „etwas Männliches, etwas, das man als römisch bezeichnen kann.“ Ein Urteil, das um so stärker erstaunt, wenn man bedenkt, dass damals die arabischen Staaten und der in ihnen dominierende Islam bei der extremen Rechten negativ betrachtet wurden. Zwar war die Immigration noch kein wesentliches Thema, doch machte der Entkolonialisierungsprozess klar, dass eine eigenständige Weltmachtrolle für keinen europäischen Nationalstaat mehr möglich sein würde, wurde zugleich die Nähe der nicht-paktgebundenen Staaten zum realsozialistischen Lager misstrauisch beäugt. Die islamisch geprägten Länder erschienen als Teil einer einheitlichen, umfassenden Bedrohung des „freien Westens“.

Bardèche urteilte dagegen, der Kommunismus widerspräche dem Geist des Islam. Dieser sei vielmehr tatsächlich eine „dritte Welt“, da er weder mit dem Liberalismus des Westens, noch mit dem Realsozialismus in Einklang zu bringen sei. Das Lob des französischen Schriftstellers bezog sich auf das Ägypten Nassers und gelangt zur positiv gemeinten Schlussfolgerung: „Die Struktur der Republik Ägypten reproduziert die Charakteristika der politischen Struktur des Faschismus.“ Dieses Lob widerspiegelt sich in der eingangs zitierten Phrase. Virilität, Männlichkeit als typisch faschistischer Wert, der Kampfesentschlossenheit wie Todesverachtung in sich trägt, zeichne die heilige Schrift des Islam aus, sei damit Dogma für den Gläubigen. Unausgesprochen steht dahinter der Gegensatz zum als in Denken und Sitten als „dekadent“ empfundenen Westen.

Heute, 40 Jahre später, steht das Zitat über dem Vorwort zu dem Band „Der Kreuzzug des Onkel Sam“, der im Dezember in Frankreich in den Editions Avatar, dem Verlag des Nationalrevolutionärs Christian Bouchet, erscheinen soll. Autor des Buches ist der zum Islam konvertierte „neu“rechte Aktivist Tahir de la Nive, Gründer des Islamischen Rates zur Verteidigung Europas mit Sitz in Mannheim

und Herausgeber der Zeitschrift „Centurio“. 1996 hatte de la Nive als Redner an einer Veranstaltung im Umfeld der Islamischen Rettungsfront (FIS) in London teilgenommen. Das Vorwort hat der italienische Professor Claudio Mutti verfasst, der seine politische Karriere beim italienischen Zweig der nationalrevolutionären Jeune Europe begann, noch während seiner engen Verbindungen zum „neu“rechten GRECE in den 80er-Jahren zum Islam konvertierte und heute als einer der profiliertesten Exegeten der Denker des „integralen Traditionalismus“ (Julius Evola, René Guénon) gilt.

Auch Guénon hatte sich nach einer Irrfahrt durch zahlreiche spirituelle Gemeinschaften dem Islam zugewandt und starb 1951 als Sufi in Ägypten. Folgerichtig wird Tahir de la Nives Buch bereits vor dem Erscheinen auf der einschlägigen Mailingliste „Eiserne Krone“ des Wieners Martin Schwarz beworben. Dieser versetzt den Hoffnungen der extremen Rechten auf den Islam zunächst einen Dämpfer: „Wir verkennen nicht, dass der Islam ebenfalls modernistische, entartete Strömungen aufweist: – ein entmannter – ‘demokratisierter’ – Euro-Islam einerseits und ein aus der Verzweiflung geborener Lalaschnikow- und Semtex-Djihadismus andererseits, der eine spirituelle Dimension erst erlangen müsste...“ Von einem traditionellen, anti-modernen Islam jedoch müsse ein säkularisierter und dekadenter Westen lernen. „Gerade von denjenigen traditionsbewussten Europäern, die den Islam als spirituelle Perspektive entdecken, kann und muss aber diesen Tendenzen am wirkungsvollsten begegnet werden.“, fährt Schwarz fort. Dass auch er selbst sich – wie Mutti und de la Nive – zu jenen rechnet, die im Islam eine Perspektive sehen, unterstrich er mit seinen Vorträgen, die er im Mai beim Kolloquium der deutschen Sektion der „neu“rechten Europäischen Synergien im Collegium Humanum in Vlotho hielt und die jetzt im Dresdner Verlag „Zeitenwende“ erschienen sind.

■ Hitler und Mussolini als Kronzeugen ■

In diesem Band ist mit dem Beitrag „Julius Evola und der Islam“ auch Claudio Mutti vertreten, der in Italien mit Projekten von sich reden machte, die zur Imageverbesserung islamischer „Schurkenstaaten“ gedacht waren. Eine Organisation Associazione Italia-Libia in den 70er-Jahren wurde schnell verboten, eine Anfang der 90er-Jahre geplante Zeitschrift „Perspectives Euro-Arabe“ zur Unterstützung des Irak kam über das Projektstadi-

um nicht heraus. Mutti hatte die positive Neubewertung des Islam durch die „Neue“ Rechte maßgeblich mit initiiert und ist dieser Linie bis heute treu geblieben. Er beruft sich dabei auf eine für die extreme Rechte in allen Fragen maßgebliche Autorität, Friedrich Nietzsche, der im „Antichrist“ geurteilt hatte: „An sich sollte es ja keine Wahl geben, angesichts von Islam und Christentum, so wenig als angesichts eines Arabers und eines Juden.“ Die maurisch-islamische Kultur Spaniens, so Nietzsche, sei bekämpft worden, „weil sie vornehmen, weil sie Männer-Instinkten ihre Entstehung verdankte.“ Er endet: „Die Kreuzritter bekämpften später etwas, vor dem sich in den Staub zu legen ihnen besser angestanden hätte.“ Für diejenigen der extremen Rechten, die es handfester mögen, hat Mutti mit Benito Mussolini einen weiteren Kronzeugen parat, der im Manifest der RSI, des Pseudo-Staates von Salò, erklärt hatte, dass der „absolute Respekt für die muslimischen Völker“ ein Grundprinzip der Außenpolitik eines faschistischen Europas sein müsse. Und nicht zuletzt habe auch Hitler lobende Worte über den Islam gefunden, denn „diese Religion belohnt das Heldentum“.

■ Heimliche Invasion der Immigranten ■

Mutti benötigt starke Kronzeugen, denn jene im Lager der „Neuen“ Rechten, die von einer positiven Bewertung des Islam zu einer „Islamophobie“ umgeschwenkt sind, befinden sich in der Offensive, nicht zuletzt, weil es ihnen gelungen ist, den Einwanderungs- mit dem Islamdiskurs zu verknüpfen. Der wichtigste Wortführer dieser Strömung ist wohl Guillaume Faye, der zwischen 1973 und 1986 zu den innovativsten Köpfen des GRECE gehört hatte. Neben Alain de Benoist war er der wichtigste Ideologe der Gruppe und gewährleistete Aufbau und Leben der regionalen Strukturen der französischen „Neuen“ Rechten. 1980 hatte er geurteilt, „der islamische Nationalismus (stelle) sicherlich den erquicklichsten Backenstreich dar, der dem utopischen Zivilisationsmuster amerikanischer Provenienz je verabreicht wurde. In der Tat stellt er den westlichen Wunschtraum des merkantilen Wachstums und der vorrangigen Entwicklung der Ökonomie in Abrede und verwirft zugleich den Marxismus, in dem er – zu Recht – einen Faktor der kulturellen Dekadenz erblickt.“

Heute hat Faye einen Schwenk um 180 Grad vollzogen. Er sieht im Islam nicht mehr ein Heilmittel gegen Liberalismus, Marxismus und Dekadenz,

sondern vielmehr den – neben den USA – zentralen Feind. Es vollziehe sich seit etlichen Jahren eine „Kolonialisierung Europas“ (so der Titel eines seiner Bücher), wobei die Immigranten eine Fünfte Kolonne hinter der Frontlinie darstellten. Man dürfe nicht von Einwanderung sprechen, sondern müsse von einer heimlichen Invasion ausgehen. Als Konsequenz drohe in Europa ein „ethnischer Bürgerkrieg“. Diese Sichtweise ist kompatibel mit den Positionen der traditionellen extremen Rechten.

Ungewöhnlich werden Fayes Positionen dadurch, dass er die Möglichkeit eines gemeinsamen „amerikanisch-islamischen Kondominiums über Europa“ voraussagt. Einerseits gehe es den USA um die Verdrängung der Europäer, besonders der Franzosen, aus den verbliebenen Bastionen in Afrika. Zwar gebe es zweifellos Spannungen zwischen den USA und dem Islam wie das Beispiel des Iran zeige, doch gelangt Faye zu dem Schluss: „Aber im globalen Maßstab spielt Amerika die Karte des Islam, um Europa zu schwächen, und der Islam die der USA mit demselben Ziel.“ Es handele sich um Konkurrenten, die sich jedoch im Kampf gegen den gemeinsamen Feind – Europa – einig seien. Eine Islamisierung Europas sowie eine immer stärker werdende (nord-)afrikanische und asiatische Präsenz in Europa lägen im geopolitischen Interesse der USA. „Ist nicht eine zur Geisel gemachte Halbinsel Europa, islamisiert und von den Slawen und Russen abgetrennt, die beste Verfahrensweise für die USA, um Gulliver zu fesseln, um den Riesen zu lähmen?“, fragt Faye rhetorisch.

Faye beruft sich vor allem auf Alexandre Del Valle, der am Zentrum für geopolitische Forschung und Analyse der Universität Paris VIII arbeitet und für zahlreiche Fachzeitschriften arbeitet. Del Valle ist neben anderen verantwortlich für den ideologischen Schwenk von Teilen dieser politischen Strömung. Ein nicht-totalitärer Islam ist für ihn nicht denkbar, in Bosnien, dem Kosovo wie in Tschetschenien fänden Kriege gegen Europa statt, die von Islamisten geführt werden und im geostrategischen Interesse der USA im Sinne eines Containments Eurasiens lägen. Del Valle ist allerdings kein simpler Forscher. Er heißt in Wirklichkeit Marc d'Anna und ist seit mindestens zehn Jahren an der ideologischen Formierung der „Neuen“ Rechten beteiligt. Die Debatte innerhalb der extremen Rechten ist eröffnet, eine Entscheidung muss getroffen werden. Ob der Islam dabei als Freund oder Feind beurteilt wird, hat höchstens ganz am Rande etwas mit religiösen Fragen zu schaffen. *Jean Cremet*

Aktivitäten**Langwieriger Prozess**

Im Gerichtsverfahren gegen Mitglieder der Skinheads Sächsische Schweiz verfolgt die Verteidigung offensichtlich die Strategie der Verzögerung.

Verteidigerin: War er Mitglied der Partei? Darauf der Richter Hilfe gebend: Die Skinheads Sächsische Schweiz, die SSS waren keine Partei. Verteidigerin weiter: Ich meine ja auch die SSS/AO. Richter bemüht sich erneut: Die SSS/AO war auch keine Partei. Verteidigerin: Dann habe ich keine weiteren Fragen. Was beim Lesen wie aus einer der bemüht komisch wirkenden Comedy-Serien wirkt, bei welchen selbst das Lachen eingespielt werden muss, ist nur eine der reichlich unkomischen Szenen, die so oder so ähnlich ständig am Landgericht Dresden passieren. Dabei geht es vor der Staatschutzkammer seit September dieses Jahres im ersten von drei Prozessen gegen Mitglieder der Skinheads Sächsische Schweiz hauptsächlich um die Feststellung, ob die SSS und die beiden AO als kriminelle Vereinigung gewertet werden.

Der Klage führende Oberstaatsanwalt bestätigt auf Nachfrage, dass für ihn die SSS die Nachfolgeorganisation der sächsischen Wiking-Jugend sei. Das macht sich nicht nur an der Person von Thomas Sattelberg fest, der eine der Führungspersonen der Truppe gewesen sein soll. Er kommt direkt aus der WJ, hat NPD-Erfahrungen und war Sänger der „14 Nothelfer“, die zeitweise von dem Hammerskin Mirko Hesse betreut wurden. Einen zweiten der derzeit sieben Angeklagten, Daniel Betke, kennt Sattelberg noch aus der Band, die vor Jahren auf dem „Newcomer-Festival“ der Jugendredaktion der örtlichen Zeitung spielte, in welcher zu lesen war: Sie werden „standhaft sein und weiter gesellschaftskritische Songs machen.“

Die Strategie der Anwälte, darunter einschlägig bekannte Verteidiger wie Günther Herzogenrath-Amelung oder Carsten Schrank, ist es offensichtlich, das Verfahren zu unterbrechen oder zumindest so lange wie möglich hinauszuzögern. Dabei kam es im ersten Anlauf Anfang August wegen des Hochwassers nur auf zwei Prozesstage und der Verlesung der Anklageschrift. Ab dem Neustart Mitte September ging es hauptsächlich um mögliche V-Leute in den SSS und deren Rolle bei der

Organisierung und Ausführung strafbarer Handlungen. Gegen den Freistaat klagten drei der Beschuldigten wegen der Auskunftsverweigerung, ob und wenn ja wer für das Landesamt gearbeitet hat. Die Angelegenheit wurde vor dem Verwaltungsgericht zugunsten des Beklagten entschieden. Auch das immer noch ausstehende Urteil darüber, ob das Verbot der SSS überhaupt rechtens sei, sollte für eine Prozessunterbrechung herhalten. Ursprünglich wurde für Anfang Februar 2003 mit einem Urteil gerechnet. Jetzt geht man von September nächsten Jahres aus, was heißt, dass sich die weiteren Prozesse entsprechend verschieben.

Die Verteidigung erreichte jetzt kurzfristig eine Aussetzung bis zum 4. Dezember. Einer der Anwälte glaubte festgestellt zu haben, dass ein Zeuge am 30. Oktober von Protokollen einer Telefonüberwachung gegen vier Personen sprach. Da die Protokolle nicht bei den Akten seien, verlangte er die Unterbrechung der Verhandlung sowie die Neutermindierung. Es sind solche Szenen, die sowohl die Klageseite als auch die Kammer immer wieder zu Bemerkungen veranlassen, man könne den Eindruck haben, dass möglicherweise nicht alle Anwälte mit der notwendigen Sorgfalt das Aktenstudium bis zu Ende betrieben hätten.

Worum es bei den verschiedenen Formen der Verzögerung geht, zeigte der Rechtsanwalt von Thomas Rackow, als der Vorsitzende Richter darum bat, über eine Straffung des Verfahrens nachzudenken. Er solle, so meinte der Verteidiger in Richtung Oberstaatsanwalt, doch die Klage bezüglich der kriminellen Vereinigung fallen lassen. Die einzelnen Straftaten wie Überfälle, schwerer Landfriedensbruch, Körperverletzung würden nicht bestritten. Der Staatsanwalt denkt aber gar nicht daran, diesem Anliegen nachzukommen. Einige der Angeklagten haben im Übrigen bereits im Vorfeld der Verhandlung umfangreiche Aussagen gemacht. Auch die bei mehreren Hausdurchsuchungen vor zwei Jahren beschlagnahmten Notizbücher und Utensilien aller Art sprechen für den organisatorischen Charakter der Vereinigung. Der wird nicht zuletzt durch das Kassieren von gestaffelten Mitgliedsbeiträgen belegt. Den Aussagen zufolge waren auch Überfälle geplant und – damit verbunden – das gegenseitige Absichern von Alibis. Der frühere sächsische Innenminister Klaus Hardrath hatte seinerzeit bekundet, er sei bislang ein Gegner des NPD-Verbots gewesen. Aber nach dem, was man bei den Razzien bei Mitgliedern der SSS gefunden habe, habe er seine Meinung geändert. *Lukas Kilian*

Aktivitäten**„Sicherheitsrisiko“****Neonazi plaudert mit Staatsschutz**

Bei Christian Worchs Leipzig-Demonstrationen gehört er als Redner zum festen Inventar. Und auch bei anderen Neonazi-Aufläufen und bei Schulungsveranstaltungen zum Thema „Was ist eigentlich Nationalsozialismus?“ taucht Hartmut Wostupatsch seit eineinhalb Jahren immer wieder auf. Jetzt könnte dem Neonazi aus Würzburg ein Karriereknick in der Rechtsaußenszene drohen.

Auf der Homepage der „Fränkischen Aktionsfront“ wurde der Fall öffentlich gemacht: Wostupatsch habe ein Gespräch zwischen ihm sowie Uwe Meenen vom „Deutschen Kolleg“ und einem Staatsschutzbeamten arrangiert und dabei auch „Organisationsinterna“ ausgeplaudert. Wostupatsch, so das Fazit der Aktionsfront, sei ein Sicherheitsrisiko. Man werde den Kontakt zu ihm „ab sofort einstellen, ihn nicht mehr zu Veranstaltungen einladen bzw. keine Demonstrationen mehr besuchen, bei denen im Vorfeld schon klar ist, dass Wostupatsch dort als Redner auftritt“. Dieser Sicht der Dinge hat sich auch die NPD angeschlossen: „Das Parteipräsidium untersagt, dass Wostupatsch auf NPD-Veranstaltungen aller Art auftritt. Es müssen auch Kontakte zu ihm eingestellt werden.“ Aus eigenem Antrieb habe er sich regelmäßig mit einem Mitarbeiter des Staatsschutzes getroffen, meint die NPD.

So erkühlt eine neue Liebe: Zwar hatte sich Wostupatsch als Referent eines Strategietreffens der Revolutionären Plattform bei der Parteiführung nicht beliebt gemacht, vor der Bundestagswahl war er aber als Wahlkampfredner noch willkommen gewesen. Mitte September durfte er beispielsweise in Iserlohn gemeinsam mit Parteichef Udo Voigt die NPD noch als „einzige nationale Alternative“ loben. Von der NPD ausgestoßen zu sein: Das Gefühl kennt Wostupatsch. Wie das Störtebeker-Netz berichtete, war er vor mehr als 20 Jahren wegen „Radikalität“ aus der JN ausgeschlossen worden. Christian Worch, sonst einer der Schnellsten und Strengsten, wenn es um die Enttarnung von vermeintlichen oder tatsächlichen Spitzeln geht, hält heute noch zu ihm: Gegen den Spitzelsumpf der NPD sei Wostupatschs „zweistündiges Teetrinken mit dem örtlichen Staatsschutz-Kriminalisten noch nicht einmal eine seichte Pfütze“. *Tomas Sager*

Ausland**„Jugendsünden“****Österreichischem Ex-Neonazi wird lukrativer Job vermasselt.**

Dem designierten neuen Immobilienchef der Österreichischen Bundesbahnen (ÖBB), Martin Neidhardt, wurde der Dienstantritt am 1. Dezember vom Vorstand der ÖBB wieder verwehrt. Grund für diese Entscheidung sind die neonazistischen Umtriebe Neidhardts in den 70er- und 80er-Jahren, von denen er sich laut Zeitungsberichten distanziert habe und die er als „Jugendsünden“ bezeichnet.

Bei diesen „Jugendsünden“ handelt es sich um diverse neonazistische Aktivitäten, darunter die Mitgliedschaft in der später verbotenen österreichischen „Aktion Neue Rechte“ (ANR), das Initiieren einer Demo zum 90. Geburtstag von Adolf Hitler in Braunau sowie – gemeinsam mit weiteren Aktivisten der ANR – die Gründung des „Nationalistischen Bund Nordland“ (NBN), der behördlich untersagt wurde. Neidhardt war zuvor Mitglied in der ANR, dort aber wegen ausstehender Mitgliedsbeiträge ausgeschlossen worden. Zeitweise gehörte er der militanten Wehrsportgruppe „Kameradschaft Babenberg“ an, der kehrte er 1977 den Rücken, da sie ihm „zu wenig radikal“ war. Mitglieder des NBN provozierten mehrfach in SS-ähnlicher Uniform, Neidhardt erhielt dafür 1979 eine Geldstrafe. 1980 wurde während einer Hausdurchsuchung bei ihm umfangreiches neonazistisches Material sichergestellt, im gleichen Jahr wurde er als verantwortlicher Redakteur der NBN-Zeitung „Der Stoßtrupp“ wegen Beleidigung des Nationalrats verurteilt. Neben Gottfried Küssel (später Anführer der Volkstreuen Außerparlamentarischen Opposition, ebenfalls „Babenberger“) sowie dem Rechtsterroristen Ekkehard Weil war Neidhardt einer der acht Angeklagten im Wiener Neonazi-Prozess Anfang der 80er Jahre und erhielt im April 1984 15 Monaten Haft auf Bewährung.

Der ÖBB wurde Neidhardt vom Personalberater Egon Zehnder für den Posten des ÖBB-Immobilienchefs vorgeschlagen. Dessen Geschäftsführer Joachim Kappel gilt als enger Vertrauter von FPÖ-Vizeobmann Thomas Prinzhorn. Kappels Gattin Barbara ist zudem Büroleiterin Prinzorns und kandidierte jetzt für die FPÖ bei den Nationalratswahlen. *Rudolf Kleinschmidt*

Ausland**Die Thronerbin**

Der rechtsextreme Front National sieht sich wieder im Aufwind. Marine Le Pen schickt sich an, die Nachfolgerin des Parteivorsitzenden zu werden.

Adolf Hitler war ein Waisenknabe – jedenfalls, wenn man den Ausführungen Jean Marie Le Pens folgt. Denn „der wahre Grund, der vielleicht zum Krieg führen wird ... ist der Wille der Vereinigten Staaten, sich des Öls im Mittleren Osten zu bemächtigen.“ Er fährt fort: „Zuerst des Öls im Irak und dann jenes der Arabischen Halbinsel, um ihren politischen Willen, ihren Imperialismus der gesamten Welt aufzuzwingen. Wenn Hitler nur ein Viertel davon getan hätte, wäre er auf die Anklagebank des Weltgewissens gezerzt worden...“ Der Chef des französischen Front National äußerte sich so im Rahmen eines Gesprächs mit dem Fernsehsender LCI, das am 14. November ausgestrahlt wurde. Bereits anlässlich des Golfkriegs 1990/91 hatte der rechtsextreme FN Partei für den Irak ergriffen. Allerdings nicht aus friedenspolitischen Gründen oder Kriegsgegnerschaft, sondern aus tatsächlicher Sympathie für die irakische Diktatur.

Jean-Marie Le Pen hat (ähnlich wie Jörg Haider) den irakischen Präsidenten Saddam Hussein zwei Mal persönlich besucht, im November 1990 „auf dem Höhepunkt der damaligen Golfkrise“ und im Mai 1996. In den letzten Wochen hielten sich ebenfalls mehrfach FN-Vertreter im Irak auf, darunter Le Pens Mann für Mittelstands- und Wirtschaftspolitik Jean-Michel Dubois und der Pariser Regionalparlamentarier Farid Smahi, einer der „Alibi-Araber“ der rassistischen Partei. Die Ehefrau des FN-Chefs, Jany Le Pen, ist Vorsitzende einer angeblich humanitären Zwecken dienenden Vereinigung namens „SOS enfants d'Irak“ (SOS Kinder des Irak). Glaubt man Le Pens Erzrivalen Bruno Mégret, soll in Wirklichkeit eine Finanzierung des FN-Chefs durch das Regime Saddam Husseins dahinterstecken. Allerdings ist die Wählerbasis der extremen Rechten eher kriegsfreundlich denn pro-irakisch eingestellt. Bei einer Umfrage für die Sonntagszeitung JDD von Anfang August 2002 stellte sich heraus, dass die rechtsextreme Wählerschaft die meisten Anhänger eines „präventiven“ Militärschlags gegen den Irak aufweist: 31 Prozent im Fall eines einseitigen Vorgehen George W. Bushs, 45

Prozent im Fall einer Absegnung durch den US-Sicherheitsrat. (Über 75 Prozent der Befragten insgesamt lehnten einen erneuten Golfkriegs ab.)

Die jüngsten Äußerungen von Jean-Marie Le Pen mit dem Hitler-Vergleich stehen in scheinbarem Widerspruch zu der vorgeblichen Charmeoﬀensive, die der FN-Chef seit mehreren Monaten eingeleitet hat. Bereits vor der Präsidentschaftswahl im April dieses Jahres bemühte Le Pen sich um eine „Entdiabolisierung“ seines Images. Er gestand sich selbst „Altersweisheit“ und eine damit einhergehende Mäßigung zu, und unterstrich diesen Anspruch noch durch ein paar wohlplatzierte Gesten. Kokett ließ er sich in einem arabischen Café im Pariser Pigalle-Viertel photographieren, mit einer Wasserpfeife in der Hand. Die Lockerungsübungen waren umso wichtiger, als Le Pen den Wahlkampf überwiegend mit einer „personality show“ bestritt. Die Aktivistenbasis des FN war in Folge der Parteispaltung Anfang 1999 auseinander gebrochen. Le Pen verblieb vor allem eine persönliche Machtbasis und eine Schar eher passiver Anhänger, aber kein echtes Potenzial an Aktivisten und Kadern.

■ Charmeoﬀensive des Chefs ■

Das könnte sich in absehbarer Zeit ändern. Denn der Front National hat, nach Eigenangaben, infolge des Wahlerfolgs seines Präsidentschaftskandidaten Le Pen vom 21. April (17,2 Prozent) kräftig neue Mitglieder rekrutiert. Parteiangaben zufolge sollen seitdem 12 000 neue Beitritte verzeichnet worden sein. Da zugleich eine genaue Aufschlüsselung der Neuzugänge an Mitgliedern nach Altersklassen veröffentlicht wurde und diese Statistik nicht übertrieben vorteilhaft für die Partei ausfällt – 20 Prozent der Beigetretenen sind demnach unter 30 Jahren, während rund 30 Prozent sich im Rentenalter befinden – kann den Zahlen ein Mindestmaß an Glaubwürdigkeit zugesprochen werden. Der FN-Generalsekretär Carl Lang gibt sich zuversichtlich, im kommenden Jahr werde die gleiche Mitgliederzahl wie vor der Parteispaltung erreicht werden, die er zutreffend mit 42 000 beziffert. Lang betont, aus dem neuen Mitgliederpotenzial die benötigten Kader für den Neuaufbau einer Aktivistenbasis aussuchen zu wollen.

Zugleich ist Jean-Marie Le Pen derzeit allem Anschein nach dabei, die bisher ausgesprochen heikle Frage seiner Nachfolge an der Spitze des FN zu regeln. Jetzt zeichnet sich eine Nachfolgerin ab,

die dem alternden Chef – Le Pen wird im nächsten Juni fünfundsiebzig – umso genehmer ist, als sie auf den Familiennamen Le Pen hört. Es handelt sich um seine jüngste Tochter Marine.

Die 34-jährige Anwältin, die seit 1998 die – eigens für sie geschaffene – Rechtsabteilung des FN leitet und bereits kurz danach innerparteilich die Scharfmacherin bei der „Säuberung“ von Mégret-Anhängern spielte, soll der Partei ein neues, attraktiveres Gesicht nach außen hin geben. Tatsächlich haben ausnahmslos alle landesweit erscheinenden französischen Zeitungen und Zeitschriften Marine Le Pen in den vergangenen Wochen ganz- oder mehrseitige Beiträge gewidmet. Begleitet wurde diese Medienpräsenz durch viel beachtete Fernsehauftritte. In einem Interview mit der Boulevardzeitung „Le Parisien“ vom 30. September strich sie klar heraus, worin ihre Rolle künftig bestehen wird: „Wir wollen unsere Kader ergänzen, da wir uns nunmehr in einer Kultur des Aufstiegs an der Macht situieren. Der FN, der sich in einem Wandlungsprozess befindet, versetzt sich in die Lage, morgen Frankreich zu führen.“

■ Ein neues, attraktiveres Gesicht ■

Als Marine Le Pen im Juli die Führung der – Ende der 90er-Jahre durch Le Pens Schwiegersohn Samuel Maréchal (er ist mit einer anderen Tochter verheiratet) geschaffene – Satellitenorganisation für die Jüngeren „Génération Le Pen“ übernahm, deutete sie gegenüber der Presse einige programmatische Wandlungen an. In der Abtreibungsfrage sei die Position der Partei zu modernisieren, kündigte Marine Le Pen – selbst Mutter dreier kleiner Kinder und geschieden – an, und auch in der Frage der Europäischen Union seien Anpassungen notwendig. Dabei scheint sie die Unterstützung ihres Vaters zu genießen. Die verlautbarten Wandlungen beschränken sich auf Detailkorrekturen. So besteht ihre Position zum Schwangerschaftsabbruch darin, dass eine gezielte Förderung der Mutterschaft französischer Frauen – an Immigrantinnen ist offenkundig nicht gedacht – weitaus effektiver sei, um dasselbe Ziel zu erreichen, als eine Kriminalisierung von Abbrüchen. Das Ziel bleibt bestehen, nämlich eine Förderung französischer Geburten, um die Einwanderungsbevölkerung überflüssig zu machen. Zur Frage der Einwanderungspolitik selbst, das zeigte ihr Fernsehauftritt bei RTL Ende Oktober, nimmt sie mindestens so harte Positionen ein wie ihr Vater. *Bernhard Schmid*

Grauzone

Rechte Schmöcker

■ Fragwürdiges Angebot auf Buchmesse ■

Auf der 20. Karlsruher Bücherschau, die vom 15. November bis 8. Dezember stattfindet, sind rund 300 Verlage mit etwa 22 000 Titeln vertreten. Unter den vorgestellten Büchern findet sich dabei auch ultrarechtes bis rechtsextremes Gedankengut. Veranaltet wird die Bücherschau vom Verband der Verlage und Buchhandlungen in Baden-Württemberg und dem Landesgewerbeamt.

Der donauschwäbische Oswald Hartmann Verlag (Sersheim) präsentiert Werke des 1998 verstorbenen Österreichers Ingomar Pust, unter anderem Autor im FPÖ-nahen Monatsmagazin „Aula“, in der „Jungen Freiheit“ sowie im rechtsextremen Druffel-Verlag. Ausgestellt ist auch das Pust-Buch „Völkermord der Tito-Partisanen“, das von der rechtsextremen Österreichischen Historiker Arbeitsgemeinschaft für Kärnten und Steiermark, die seit Jahren im Visier der Sicherheitsbehörden steht, herausgegeben wird.

Mit Büchern wie „Handbuch des Linksextremismus“ ist auch der ultrarechte Leopold Stocker Verlag aus Graz auf der Karlsruher Bücherschau vertreten. Herausgeber sind der emeritierte Hochschulprofessor Hans-Helmuth Knütter, Autor und Referent in rechtsextremen Zusammenhängen (Gesellschaft für Freie Publizistik, Hohenrain-Verlag) sowie Stefan Winckler, Studienzentrum Weikersheim. Autoren des Buches sind neben anderen Claus-M. Wolfschlag, Referent bei der rechtsextremen Burschenschaft Danubia, Bernd Kallina, vormals Bundesvorstandsmitglied der Jungen Nationaldemokraten (JN) und Roland Richter, Autor in „Criticon“ und „Gegengift“.

Bereits in 4. Auflage ist im vergangenen Jahr beim Verlag Herbig das Soldatentum-verherrlichende Werk „Adolf Galland. General der Jagdflieger“ erschienen, das ebenso in Karlsruhe zu finden ist. Galland, der vom Nazi-Regime als smarterer Vorzeigeheld präsentiert wurde, wurde im November 1941 zum General der deutschen Jagdflieger ernannt. Während des spanischen Bürgerkrieges war er Staffelführer in der terroristischen „Legion Condor“. Nach 1945 arbeitete Galland lange Zeit als Militärberater in Argentinien. *Anton Maegerle*

Am Rande**„Die falsche Hose“**

Rechtsextreme haben in der Uckermark einen Jugendlichen brutal ermordet. In der Region ist eine aktive Szene bekannt.

Hätten die Täter nicht das Prahlen angefangen, wäre der Mord an einem Jugendlichen, dessen Aussehen den drei Rechtsextremen nicht passte, womöglich für immer unentdeckt geblieben. Nach vier Monaten, in denen der 17-jährige Marinus S. vermisst worden war, fing einer aber an zu plappern – angeblich, so die Staatsanwaltschaft, habe er bei einem Trinkgelage 25 Euro verwettet, dass er wisse, wo eine echte Leiche liege. Kurz darauf machte sich die Polizei auf den Weg zu der ehemaligen Stallanlage in dem Dorf Potzlow in der brandenburgischen Uckermark. Dort war Marinus S. in einer Jauchegrube vergraben worden.

Auch wenn man rechtsextreme Tötungsdelikte wohl kaum werten kann, handelt es sich bei dem (mutmaßlichen) Mord an dem Jungen, der zur Tatzeit noch 16 war, wohl um eine der menschenverachtendsten Taten der letzten Jahre. Nach Angaben der Staatsanwaltschaft verlief der Tatabend in etwa so: Am Rande eines Dorffestes war man am 12. Juli in einer Wohnung zusammengekommen, Marinus S. und vier bis fünf weitere Jugendliche, darunter die drei späteren Täter. Es kam zu einem Streit, der sich offenbar vor allem an dem vermeintlich „linken“ Aussehen des Jungen entzündete, der mit einer „Hip-Hopper-Hose“ und blond gefärbten Haaren unterwegs war. Zunächst wurde er von zwei Brüdern im Alter von 17 und 23 Jahren sowie einem weiteren 17-Jährigen als „Jude“ beschimpft, anschließend zusammengeschlagen.

Weil man „wohl noch mal richtig zuschlagen wollte“, sagt der Leitende Oberstaatsanwalt in Neuruppin, Gert Schnittcher, verschleppten die Täter das Opfer anschließend auf das verlassene Stallgelände. Dort haben sie den Jungen so lange gequält, bis er tot war oder sich zumindest nicht mehr rührte. Am Ende warfen sie den Körper in die Jauchegrube. Details der Tat wollte Schnittcher auch nach den Geständnissen „aus Pietätsgründen“ nicht bekanntgeben. Nur soviel: Die Tat stelle, was „die Wichtigkeit des Anlasses und die Brutalität des Vorgehens angeht, auch für hartgesottene Staatsanwälte eine neue Dimension dar“.

Die drei mutmaßlichen Täter, gegen die Haftbefehl wegen gemeinschaftlichen Mordes erlassen wurde, haben sich in den Vernehmungen „eindeutig der rechtsextremen Szene“ zuordnen lassen. Als Haupttäter kristallisierte sich offenbar der einzige der drei heraus, der zuvor der Polizei nicht bekannt geworden war. Bei ihm handelt es sich um den 17-jährigen Bruder des 23-jährigen Marco S., der seit Jahren als rechtsextremer Gewalttäter bekannt ist. Marco S., der nach bisherigen Erkenntnissen nicht politisch organisiert ist, hatte noch einen Monat nach dem Mord an dem 16-Jährigen in Prenzlau auf offener Straße einen Mann aus Sierra Leone niedergeschlagen. Ende Oktober war er zu einer Freiheitsstrafe von drei Jahren verurteilt worden. Ein Ausländerberater, der den Prozess beobachtet hat, erzählt, S. habe im Gerichtssaal weder Reue noch Einsicht gezeigt. „Er saß da, stumpfsinnig wie ein Tier“, sagte er, „ich bin mir gar nicht sicher, ob er zu menschlichen Regungen überhaupt fähig ist.“

■ Neue Dimension auch für hartgesottene Staatsanwälte ■

Was das Motiv für den Mord an dem 16-Jährigen, der mindestens einen Täter schon aus Kinderzeiten kannte, war, wird vielleicht nicht einmal der Prozess klären können. Vermutlich, so der Staatsanwalt, handelte es sich um eine dieser Situationen, in der die Toleranz gegenüber allem „Anderen“ mit steigendem Alkoholpegel immer weiter absinkt. „Die Tatsache, dass der Junge die falsche Hose anhatte, hat offenbar gereicht“, sagt Schnittcher.

Offen ist bisher auch die Frage, ob es über die vier Monate Mitwisser gab und warum diese geschwiegen haben. Angesichts der Tatsache, dass mehr Jugendliche als die drei Täter in der Wohnung waren, spricht viel dafür. Es werde auch wegen unterlassener Hilfeleistung ermittelt, sagt Schnittcher. Die Gegend um das 580-Seelen-Nest Potzlow ist 1997 schon einmal unter den Verdacht eines rechtsextremen Mordfalls geraten: Damals war ein Sozialarbeiter ums Leben gekommen. Die Hintergründe wurden nie abschließend geklärt. „Pfeffer und Salz“, eine Antifa-Gruppe in Angermünde, beobachtet jedenfalls „schon lange eine sehr aktive und jugendkulturell recht dominante rechtsextreme Szene“ in der Gegend. Auch in Potzlow und Gerswalde, den beiden kleinen Dörfern aus denen die Täter kamen, seien bereits Hakenkreuz-Schmiere-reien und antisemitische Äußerungen bekannt geworden.

Jeannette Goddar

Seitenblick

Ist es wieder so weit?

Antijüdische Pöbeleien sind für Polizeibeamte kein Grund zum Einschreiten.

Antisemitismus hat es in unserer Republik – leider – von Anbeginn gegeben. Für die Wissenschaft war er allerdings „latent“, um ein Viertel der Deutschen, so die Ergebnisse von soziologischen Untersuchungen – sei deutlich antijüdisch eingestellt. Man zeigte sein Vorurteil aber nicht öffentlich – offenbar bis Jürgen Möllemann die Dämme zum Brechen brachte.

„In der Spandauer Altstadt war am Freitagvormittag Ungeheuerliches zu hören: ‘Juden raus!’“ schreibt die Berliner Zeitung am 2. November. Auslöser war der Festakt, in dem – auf Grund einer von der örtlichen FDP aufgegriffenen Anregung der Berliner Jüdischen Gemeinde – der Judenstraße der Name zurückgegeben wurde, den sie seit 1537 getragen hatte. Dieser älteste für Spandau überlieferte Straßename war 1938 gegen den Namen des wegen seines Einsatzes für die republikanische Linke 1849 zum Tode verurteilten Kunsthistorikers Gottfried Kinkel ausgetauscht worden – ausgerechnet durch die Nazis, die auf Wunsch Hitlers allenthalben an deutsche Nationalrevolutionäre erinnerten und damals auch den Revolutionär Carl Schurz, der Kinkel zur Flucht aus dem Zuchthaus Spandau verholfen hatte, durch einen Straßennamen ehrten. Gegen das Vorhaben der Umbenennung hatte sich 17 Jahre lang die „Bürgeraktion Kinkelstraße“ gewehrt, bis durch den Beschluss des Bezirksamts die Debatte beendet wurde. Bevor die Gegner der Rückbenennung aber ihre auf den (von der Verwaltung eingestandenen) Vorwurf der Verletzung des rechtlichen Gehörs gestützte Klage verhandeln konnten, wurde der Beschluss umgesetzt. Beim Festakt kam es dann aus einer Gruppe von 40 Anwohnern zu lautstarken Protesten.

Der Gastredner Alexander Brenner, Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, war schon zu Beginn seiner Rede mit Rufen „Juden, Juden“ konfrontiert worden, als eine in seiner Nähe stehende Frau „Ihr Juden habt Jesus gekreuzigt“ schrie, brach er sie ab. Pogromstimmung hatte ein Lokalpolitiker und Rufe mit dem Inhalt „Juden sind gottlos“, „Juden haben selbst/sind an allem Schuld“ registriert. Die Anwohner empört der Vorhalt Brenners, sie hätten

sich „in eine Reihe mit Neonazis“ gestellt. Sie selbst erstatteten Strafanzeige gegen Unbekannt und betonten, niemand von ihnen hätte die Rufe gehört.

Mit dieser Feststellung ist aber der eigentliche Skandal erst umschrieben: keiner der anwesenden zwei Dutzend Polizeibeamten ging gegen Volksverhetzung vor, keiner nahm nach der Aufforderung durch den beleidigten Gastredner Brenner die Personalien der nicht überhörbaren Störer auf, keiner machte Meldung über den Vorfall, keiner, auch nicht die zum Personenschutz eingesetzten Beamten, wollte die Pöbeleien bezeugen. Wiewohl es Aufzeichnungen gibt, zogen Zeugen Aussagen über ihre Wahrnehmung zurück. Inzwischen ermittelt auf Weisung des Berliner Innensenators Ehrhart Körting der Staatsschutz. Wie Volkes Stimme denkt, zeigt derweil ein Leserbrief an die „Berliner Zeitung“, nachdem eine Veranstaltung der Katholischen Bischofskonferenz gestört worden war: „Warum wird bei Störern des Vortrags von Kardinal Lehmann eigentlich so wenig Protest gemacht?“ Es will scheinen, aus der Judenverfolgung, die bekanntlich lange vor der Umbenennung der Judenstraße 1938 eingesetzt hatte, ist wenig bis nichts gelernt worden.

Klaus-Henning Rosen

Hinweis

Berlin – Unter dem Titel „Ist der Rechtsextremismus noch eine aktuelle Gefahr“ lädt die Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin am 3. Dezember von 10.00 bis 19.00 Uhr ein. Die Fachtagung erfolgt in Zusammenarbeit mit dem Projekt „Standpunkte: Berliner Pädagogen gegen Rechtsextremismus“ und dem Berliner Landesinstitut für Schule und Medien (LISuM). Rund 50 Berliner Lehrkräfte wurden als „Standpunkte“-Pädagogen in den Bereichen „Rechtsextremismus“ und „Gewaltprävention“ fortgebildet und sind als Multiplikatoren für das Programm „Erziehung für Demokratie – gegen Rechtsextremismus“ des LISuM aktiv. Ihre bisherigen Erfahrungen damit stehen unter anderem im Zentrum der Tagung. Über die Wirksamkeit von Strategien gegen Rechts referieren eingangs die Professoren Albert Scheer, Freiburg und Christoph Butterwege, Köln sowie Dierk Borstel vom Zentrum Demokratische Kultur, Berlin. In sechs Arbeitsgruppen werden anschließend schulische und außerschulische Ansätze gegen Rechts erörtert. Anmeldung: Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Berlin, Hiroshimastraße 17, 10785 Berlin; Fax: 030/26935-859; LISuM unter: www.lisum.de

Bücherschau**Juden als Fremde**■ **Studien über Vorurteilsforschung** ■

Den 20. Geburtstag des Berliner Zentrums für Antisemitismusforschung haben, wie Direktor Wolfgang Benz mitteilt, „die Mitarbeiter des Zentrums zum Anlass genommen, um in insgesamt 46 Beiträgen Einblick in die Vielfalt der Forschungsfelder vom Grundsätzlichen der Vorurteils- und Feindbildforschung über Antisemitismus, Minderheitsprobleme, Emigrations- und Holocaustforschung bis hin zum Rechtsextremismus zu geben“. Der Sammelband „Judenfeindschaft als Paradigma – Studien zur Vorurteilsforschung“ beeindruckt in der Tat durch die Vielseitigkeit des Herangehens an ein scheinbar so überschaubares Thema wie die Ursachen des Antisemitismus. Benz, mit Angelika Königseder Herausgeber des Buches, hat in seinem Prolog „Antisemitismusforschung als Vorurteilsforschung“ mit Bedacht die Notwendigkeit des Erkennens und Begreiflichmachens „der Zusammenhänge von Aggressionen gegen Minderheiten, von Xenophobien und Antisemitismus“ hervorgehoben und betont: „Wenn Juden als Fremde definiert, wenn Asylbewerber als Kriminelle diffamiert, wenn Ausländer als den sozialen Besitzstand bedrohend empfunden werden, dann spiegeln sich darin Aggressionen und Ängste der Mehrheit, die aufgelöst und überwunden werden müssen.“

So ist die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Judenfeindlichkeit als Paradigma, als „Grundmuster“ durchgängiges Thema des Bandes, aber der Antisemitismus selbst nur ein – wenn auch der wesentlichste – Teilaspekt. Es beginnt mit einer Analyse des Antisemitismus in der BRD und seiner unterschiedlichen Wahrnehmung durch die verschiedenen politischen Kräfte. Breiteren Raum nehmen traditionelle, zum Teil im Mittelalter wurzelnde judenfeindliche Erfindungen und Konstrukte wie „Die Verschwörung der Weisen von Narbonne“ oder Ritualmordbeschuldigungen ein. Interessante Arbeiten behandeln den visuellen Antisemitismus – die bildliche Judendarstellung in populären Medien –, die Judenstereotype in Theater und Literatur. Direkte Brücken zur Gegenwart schlägt gerade angesichts der neuerlichen Diskussionen um die nach ihm benannte Straße die Arbeit über den von Heinrich von Treitschke ausgelösten Berliner Antisemitismusstreit 1879/81. Nicht unerwähnt

bleiben soll ein Aufsatz von Daniel Gerson „Der Jude als Bolschewist“, der an Beispielen der letzten Jahre die immer aufs Neue unternommenen Versuche zurückweist, eine jüdisch-kommunistische Konnexion zu konstruieren, um damit den Holocaust als vorwiegend antibolschewistisch zu relativieren. Leider sind immer wieder auch seriöse Medien an solchen Unternehmen beteiligt.

Aus dem Kapitel NS-Zeit und Holocaust ist der von Wolfgang Benz selbst geführte Nachweis hervorzuheben, dass Holocaust-Forschung auch heute nicht zu den Akten gelegt werden kann. Mona Körte ist für den Versuch zu danken, „Zeugnisliteratur“, wie sie Jorge Semprun, Primo Levi, Elie Wiesel, Jean Améry und andere geschaffen haben, als Beitrag im Kampf gegen Vergessen und Leugnen zu würdigen. Ein Forschungsgegenstand, der Beachtung erheischt, ist die „Interaktion“ von Juden und Nichtjuden bei der Rettung Verfolgter und Bedrohter. Mag die Zahl angesichts des millionenfachen Mordes auch gering sein: Tausende von Helfern haben unter Einsatz ihrer eigenen Existenz Zehntausende von Juden vor den Vernichtungslagern bewahrt und verdienen es, nicht nur in Yad Vashem geehrt, sondern gerade in Deutschland der Vergessenheit entrissen zu werden. Das Zentrum verweist auf die sechs bisher erschienenen Bände der Reihe „Solidarität und Hilfe für Juden während der NS-Zeit“. Nicht zufällig hat der Sammelband mehr Aufmerksamkeit als sonst üblich den Problemen der jüdischen Emigration gewidmet. Trotz der bürokratischen Hürden, die im Nazireich, aber auch in vielen potenziellen Gastländern errichtet wurden, ist 278 500 deutschen Juden der Weg in die Emigration gelungen.

Ein Institut, dem fast als einzigem in der Welt das wissenschaftliche Studium des Antisemitismus zugewiesen ist, würde seine Aufgabe verfehlen, wenn es seine Erkenntnisse nicht in den Dienst der Gegenwart stellt, hatte Gründungsleiter Professor Herbert A. Strauss (City University New York) schon 1982 in seiner im Sammelband enthaltenen Antrittsrede betont. So ist der „Rechtsextremismus“ überschriebene Schlussteil den aktuellen Aktivitäten der Parteien des rechten Randes, der fremdenfeindlichen Jugendgewalt, der Schändung jüdischer Friedhöfe, der Holocaustleugnung und nicht zuletzt dem Missbrauch der neuen Medien durch Rechtsextreme gewidmet.

Ralf Bachmann

Wolfgang Benz, Angelika Königseder (Hrsg.): Judenfeindschaft als Paradigma. Studien zur Vorurteilsforschung. Metropol Verlag Berlin 2002. 365 S., 19 Euro.

Zeitschriftenschau**Periodika der extremen Rechten**

„Junge Freiheit“ (JF), 17. Jg., Nr. 44-47/2002: Der Bundesregierung werden kräftig die Leviten gelesen: Rot-Grün treibe „die Deutschen in eine andere Republik“, orakelt Paul Rosen. Dieter Stein vermisst in der Regierungserklärung des Bundeskanzlers den Begriff der „Nation“. Schröder habe damit „die Mentalität eines politisch heruntergewirtschafteten und geistig erlahmten Deutschlands auf den Punkt gebracht“, so der Vorwurf des JF-Chefredakteurs. Baal Müller sieht auch den Begriff „Volk“ aus den Politikerreden verschwunden, was sich besonders am Volkstrauertag bemerkbar mache, an welchem abstrakt an Krieg und Gewaltherrschaft gedacht und gleichzeitig bestritten werde, dass es sich für die deutschen Gefallenen – „unsere Toten“ – „überhaupt zu trauern lohnt“. Klaus Hornung malt das Szenario der „Ablösung des historisch gewachsenen deutschen Volkes durch ein Multikultistan in Mitteleuropa“. Wegen der zunehmenden Kluft zwischen der politischen Klasse – den Eliten – und dem Volk plädiert der Vordenker der französischen Neuen Rechten Alain de Benoist für eine Abkehr von der herrschenden Demokratie und für Volkssouveränität. Als neuer JF-Autor erscheint wiederholt der Berliner Soziologe Bernd Rabehl. Zeitgleich ist Rabehls Buch „Rudi Dutschke. Revolutionär im geteilten Deutschland“ in der der JF nahe stehenden Edition Antaios erschienen. Eine Verschwendung von Steuergeldern stellt für Manual Ochsenreiter offensichtlich die Arbeit der „millionenschweren“ Organisation CIVITAS gegen rechte Gewalt dar, die noch dazu von der Amadeu-Antonio-Stiftung getragen werde, für die wiederum Bundestagspräsident Wolfgang Thierse Schirmherr sei. In derselben Ausgabe tadelt der brandenburgische CDU-Innenminister Jörg Schönbohm Wolfgang Thierse wegen seines „Kampfs gegen Rechts“. Beatrix Madl informiert über den Einsatz Hans-Helmuth Knütters für die ins Visier der bayerischen Verfassungsschützer geratene Burschenschaft Danubia. Selbige Danubia darf auch in der JF für sich Werbung machen. Über mehrere Ausgaben wird das im Seidler-Verlag erschienene Buch des als VS-Spitzel enttarnten langjährigen NPD-Funktionärs Wolfgang Frenz über die „Schlapphuthaffäre“ beworben. Empfohlen wird von der JF auch ein Buch des Geschichtsrevisionisten Herbert Taege über die Hitler-Jugend aus dem rechtslastigen Leopold-Stocker Verlag. (gn)

„Nation&Europa“ (NE), 52. Jg., Heft 11-12/02: Ein Schwerpunktthema ist das Abschneiden bei der Bundestagswahl. Der Rückgang der nahe stehenden Parteien auf 1,8 Prozent wird als „rechtes Parteien-Desaster“ bejammert, das man mit „nur noch Nullen“ bewertet. Miteinbezogen wird auch die Schill-Partei. Nicht ohne Häme zitiert NE die von den Republikanern verbreitete Überzeugung des Vorsitzenden Rolf Schlierer, seine Partei werde auch zukünftig gebraucht. Ronald Schill wird sein Abgrenzungskurs vorgehalten und am Ende steht die nicht unerwartete Frage, „warum also einigen sich die Rechten nicht“, um den für den Sieg auf Bundesebene nötigen Rückhalt in den Ländern zu haben. Als Vorbild werden die Vorgehensweisen Adolf von Thaddens bei der Sammlung der Rechten zur NPD und Franz Schönhubers genannt, als der sich mit der „Idee eines deutschen Front National gegen den Partei-Mitgründer Franz Handlos durchsetzte“. Der so Gelobte kann in seiner Kolumne an diese Argumente anknüpfen. Als typisch für die Fehlerhaftigkeit der Abgrenzung – „keine braunen Flecken“ – nennt er die Millionenpleite des Bundes Freier Bürger (BFB) – bei dessen Auftauchen ihm klar gewesen sei, „dass dies eine Totgeburt sein würde“. Damit kann er sich erneut als Moderator für die rechte Parteiszene in Stellung bringen („gleicht nach der Bundestagswahl einem aufgeregten gackernden Hühnerhaufen“), der er eine programmatische Erneuerung nahelegt, wie er (wer sonst auch) sie mit der Aufforderung zur Beendigung des „Bruderkampfes“ auf einer Tagung der Nation-Europa-Freunde (mit Andreas Mölzer) als ersten notwendigen Schritt empfohlen habe. Schönhuber baut darauf, dass „Arbeitslosigkeit und zunehmende Verelendung“ auch akademische Kreise erreicht, damit es gelinge, „angesehene Persönlichkeiten aus dem bürgerlichen Leben“ für die Rechte zu gewinnen. Den von ihm selbst gewählten Vergleich mit den „Märzgefallenen“ des Jahres 1933 verwirft er allerdings wieder, hätten sie sich doch „als das Regime in Schwierigkeiten geriet, als wenig belastbar erwiesen“, aber es werde „ein 1933 ... nie mehr geben, auch keine nationale Einheitspartei“. Will Franz Schönhuber etwa resignieren? Kritisch wird von ihm die Auszeichnung des Vorsitzenden der Alleanza Nazionale Gianfranco Fini (Schönhuber: „geklonter Marschall Badoglio“ – „Symbolfigur eines Verräters“) durch den österreichischen Bundespräsidenten gesehen. Schönhuber merkt an, dies sei just zu einem Zeitpunkt erfolgt, als der Bozener „Friedensplatz“, Standort des faschistischen Denkmals, wieder zum „Siegesplatz“ umbenannt worden sei. (khr)

Meldungen**Inland**

■ **Berlin/Albersroda** – Das „Institut für Staatspolitik“ weist mit einer Anzeige in der „Jungen Freiheit“ (JF) auf sein „5. Berliner Kolleg“ hin, das am 14. Dezember stattfinden soll. Das Thema lautet: „Der Bürger, Herrschaft und Gestalt“. Intention des im Jahr 2000 von Personen aus dem engsten JF-Umfeld (unter anderem Karlheinz Weißmann und Götz Kubitschek) gegründeten Instituts für Staatspolitik (IfS, Sitz: Albersroda) ist die Bildung „geistiger Eliten“. Erkenntnissen des Verfassungsschutzes zufolge wird auf Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen des IfS auch auf „antidemokratische Ideologen, insbesondere der ‘Konservativen Revolution’“ zurückgegriffen und versucht, „deren staatsphilosophische Erklärungsmuster weiterzuentwickeln.“ Referenten des „5. Berliner Kollegs“ sind neben anderen Eberhard Straub, Autor in den neurechten Sammelbänden „Die selbstbewusste Nation“ sowie „Westbindung“, und Manfred Lauermann, früher DKP-Mitglied, heute Referent bei der Burschenschaft Danubia“ und „Criticon“-Autor. Das „5. Berliner Kolleg“ wird mit einem Gespräch zwischen dem Historiker Arnulf Baring sowie Karlheinz Weißmann beendet.

■ **Dresden** – Fast wäre Helmar Braun Manager des DSC geworden. Beim „Juden-DSC“, wie man den Fußballclub in Neonazi-Kreisen nennt, wurde er „durch Aktivitäten in der Presse um diesen Job gebracht, sage ich mal so.“ Die hatte über wesentliche Teile von Brauns Vergangenheit und Gegenwart in Dresden, vom Vorsitz der „Sächsischen Nationalen Liste“ bis zum Betrieb des „Café Germania“, berichtet. Die Pleite des Lokals, mangels Masse wurde die Insolvenz abgelehnt, war kürzlich noch mal Sache der Justiz. Knapp 900 DM hatte man seinerzeit für einen Beschäftigten nicht an die Krankenkasse abgeführt. Die heute noch bestehende Schuldensumme beträgt 90 000 Euro, davon allein 77 000 Mietschulden.

■ **Dresden / Sächsische Schweiz** – Vor der Staatsschutzkammer am Dresdner Landgericht wurde am 21. November gegen Mirko Hesse wegen Volksverhetzung in 12 Fällen verhandelt. Das Gericht folgte der Staatsanwaltschaft in allen Fällen, zum Teil ergänzt um Gewaltdarstellung, Zeigen von verbotenen Kennzeichen. Aufgrund Hesses umfassenden Geständnisses war der Fall innerhalb we-

niger Stunden erledigt. Das Urteil beträgt vier Jahre und wird mit dem Urteil aus seinem „Landser“-Prozess verrechnet. Am Landgericht Dresden ging Mitte November auch die Klage gegen Adrian Preißinger ein. Der seit über einem halben Jahr in Untersuchungshaft sitzende Inhaber der Firma AFK (letzter Sitz in der Slowakei) war in Sachsen unter anderem durch gemeinsame Produktionen mit Mirko Hesse („Landser“, „White Aryan Rebels“) aufgefallen (BnR 1/02). Das Verfahren gegen Preißinger soll im Februar vor der Staatsschutzkammer in Dresden stattfinden.

■ **Düsseldorf** – Mit einem Vortrag des in rechts-extremen Kreisen umtriebigen Professors Hans-Helmuth Knütter (noch CDU-Mitglied) hat die Landesgruppe Nordrhein-Westfalen der Landsmannschaft Ostpreußen in Anwesenheit ihres Landesvorsitzenden Ehrenfried Mathiak ihre diesjährigen Veranstaltungen abgeschlossen. Knütter referierte zum Thema „Die politische Lage heute und die Chancen der Vertriebenen“. Angaben des „Ostpreußenblattes“ (16.11.) zufolge ging er „mit dem heutigen Zeitgeist hart ins Gericht.“ So sprach Knütter von einer „linken Volksverhetzung, die er gar als ‘üble Infektionskrankheit’ bezeichnete.“ Hart attackiert wurde von Knütter auch der Verfassungsschutz. Der emeritierte Hochschulprofessor machte den Vorschlag, einen Arbeitskreis für einen alternativen Verfassungsschutzbericht zu gründen.

■ **Eisenach** – Die maßgeblich von Funktionären der NPD beziehungsweise des Nationaldemokratischen Hochschulbunds (Martin Laus, Jürgen Schwab, Dennis Witt) initiierte und geführte „Deutsche Akademie“ veranstaltet vom 29. November bis 1. Dezember in Eisenach ihr Winterseminar zum Thema „Parteipolitik und Elitenbildung – ein Widerspruch?“ Neben dem NPD-Parteivorsitzenden Udo Voigt und dem NPD-Ideologen Horst Mahler referieren und diskutieren Manfred Müller (Autor in „Nation&Europa“ und der „National-Zeitung“, vormals NPD-Kreisvorsitzender) und Wolfgang Juchem, Vorsitzender der revisionistischen Kleinstgruppe „Aktion Freies Deutschland“. Die musikalische Umrahmung gestaltet Friedrich Baunack, Redaktionsmitglied von „Wir selbst“, der für die Republikaner im nordhessischen Kreistag von Bad Hersfeld sitzt.

■ **Jena** – Mit einer Spontan-Demo im Jenaer Stadtteil Altlobeda protestierte das Jenaer Aktionsbündnis gegen Rechts am 9. November gegen ein

offensichtlich dort im Aufbau befindliches rechtsextremes Zentrum. Aktueller Anlass: In dem Haus hielt sich laut Angaben des Aktionsbündnisses der NPD-Anwalt Horst Mahler nach dem Aufmarsch von etwa 150 Rechten in Weimar auf. Nach Einschätzung des Aktionsbündnisses soll das Anwesen in der Jenaischen Straße zu einem selbst verwalteten rechten Jugendzentrum ausgebaut werden. Die frühere Gaststätte wird derzeit renoviert. Das Aktionsbündnis fordert die Stadt auf, alle gesetzlichen Möglichkeiten auszuloten, um einen rechtsextremen Treffpunkt in Jena zu verhindern.

■ **Karlsruhe** – In dem rechtsextremen Blatt „Der Südafrika-Deutsche“ (Pretoria) des einstigen hessischen NPD-Funktionärs Horst Graefe wurde kürzlich eine Kontaktanfrage von Michael Brüning aus Karlsruhe veröffentlicht. Darin wünscht sich Brüning „Kontakt mit Deutschen oder deutschfreundlichen Südafrikanern“. Brüning gehört dem baden-württembergischen NPD-Landesvorstand an und war NPD-Kandidat bei der Bundestagswahl im September dieses Jahres. In Erscheinung getreten ist Brüning auch als Leserbriefschreiber in der Monatszeitschrift „Nation&Europa“.

■ **Lübeck** – Bei der Kommunalwahl in Schleswig-Holstein am 2. März 2003 werden die Lübecker voraussichtlich zwei rechtsextremistische Gruppierungen auf ihren Stimmzetteln finden. Erneut antreten will das Bündnis Rechts für Lübeck (BRL) rund um Dieter Kern und den früheren NPD-Landeschef Ingo Stawitz, das 1998 3,6 Prozent der Stimmen geholt hatte. Mit der Begründung, diese seien nicht bündnisfähig, lehnt das BRL eine gemeinsame Kandidatur mit so genannten „Freien Kräften“ ab. Neonazis rund um das NPD-Landesvorstandsmitglied Jürgen Gerg wollen nun als Wählergemeinschaft „freier Kräfte“ und der NPD kandidieren. Gerg beklagt sich, dass Kern drei von ihnen sogar mit Hilfe der Polizei bei einem Bündnis-Treffen des Saales verwiesen habe.

■ **München** – Das rechtsextreme Unternehmen VAWS (Verlag und Agentur Werner Symanek, Duisburg) veranstaltet nach der erfolgreichen Riefenstahl-Party am 23. August (BnR 18/02) erneut ein konspirativ geplantes Festival. Neben „The Days of the Trumpet Call“ soll bei der am 14. Dezember wieder in München geplanten Veranstaltung auch „Kirlian Camera“ und ein „Mega-Special-Guest“ aufspielen. Mobilisiert wird für das rechte Musikspektakel unter anderem von der Jungen Landsmannschaft Ostpreußen (JLO).

■ **München** – Am 9. November hat eine Gruppe junger Rechtsextremisten einen Kranz an der Feldherrnhalle in München niedergelegt, um nach eigenen Worten damit „den Opfern vom 9. November 1923 zu gedenken“. Nach Angaben des „Aktionsbüros Norddeutschland“ fand in Hamburg sogar ein Spektakel mit einer circa 30-köpfigen Ehrendellegation, Gedenkminute und dem Absingen von „Ich hatt' einen Kameraden“ statt. In dem Bericht auf der Internetpräsenz des „Aktionsbüros“ werden harte Töne angeschlagen: „Der politische Kampf, den wir Jungen aufgenommen haben, ist kein Spiel!“ So würde heutzutage der „Kugelhagel“ in der „Gewalthetze der etablierten Medien und Politiker, die ganz offen zum 'Kampf gegen Rechts' aufrufen“, bestehen. Daher müsse die „Opferbereitschaft und die Ernsthaftigkeit“ des Handelns „heute noch viel größer sein müssen, wie vor fast 80 Jahren. In diesem Sinne begreifen wir heute die Blutopfer des 9. November 1923 als Symbol der Überwindung und der Erneuerung.“

■ **Nürnberg** – Gerd Ittner von der rechtsextremen Nürnberger „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ hat ein Positionspapier mit dem Titel „Deutscher Schicksalstag 9. November“ verfasst. Zum 9. November 1918 schreibt Ittner: „Der Verrat an einer ungeschlagenen Armee.“ Den Hitler-Marsch zur Münchner Feldherrnhalle vom 9. November 1923 bewertet er als eine Aktion einer „Gruppe mutiger, junger deutscher Idealisten, welche, von flammendem Gerechtigkeitsempfinden beseelt, die Ehre ihres Vaterlandes wiederherzustellen trachteten.“ Die Reichspogromnacht vom 8. auf den 9. November 1938 spielt der Rechtsextremist als unter „vielfach ungeklärten Umständen zustandegekommene heftige Unmutsbekundungen und Übergriffe gegen die beim deutschen Volk der damaligen Zeit weitestgehend unbeliebten Juden“ herunter. Perfide ist besonders Ittners Darstellung der brennenden Synagogen in dieser Nacht: „Die Synagogenbrände in der sogen. Kristallnacht wurden samt und sonders erst dann entdeckt, als bereits die Flammen, vielfach sogar schon aus den oberen Teilen der Gebäude, herausloderten. Das heißt, die Brände müssen von innen gelegt worden sein. Diese Sachlage wird dadurch untermauert, dass offensichtlich niemand gefasst wurde, der Synagogen in Brand gesteckt hat...“.

■ **Stuttgart** – Der zuletzt weitgehend inaktive Cannstatter Kreis (CK) geht seinem offiziellen Ende entgegen. Der rückwirkende Verlust der Gemeinnützigkeit im vergangenen Jahr (vgl. BnR 8/01)

und ein Gerichtsurteil, das den Verein zur Begleichung eines Glasschadens am Ort einer Veranstaltung von rund 3000 Euro verpflichtet, führten zur Pleite des CK. Gegründet wurde der Cannstatter Kreis Anfang der 90er-Jahre von rechten FDP-Mitgliedern. Im Laufe der Zeit wanderte der Verein ins rechtsextreme Lager. Der Vereinsvorsitzende ist mit Karl-Peter Schlor ein ehemaliges Mitglied von NPD, BFB und Republikanern. Zu den Referenten beim CK zählen unter anderem Alfred Mechtersheimer, Hans-Helmuth Knütter, Franz Schönhuber und, als früher Höhepunkt, Jörg Haider. Zuletzt gehörten dem Verein rund 50 Mitglieder an, darunter der einstige Aktivist der „Jungen Freiheit“ Hans-Ulrich Kopp.

■ **Villingen-Schwenningen/Horb** – Bei der Oberbürgermeisterwahl in Villingen-Schwenningen vom 10. November entfielen auf Jürgen Schützinger 1310 Stimmen (4,8 Prozent). Schützinger war langjähriger führender Funktionär der NPD und der Deutschen Liga für Volk und Heimat. Gegenwärtig ist der ehemalige Polizeibeamte Schützinger, so in einem Bettelbrief anlässlich der Wahl, „in mehreren rechten Vereinigungen und in Vertriebenenvereinigungen tätig“. Der Republikaner-Kreisvorsitzende und „Nation&Europa“-Leserbriefschreiber Rodolfo Panetta erreichte bei der Wahl des Oberbürgermeisters in Horb im Kreis Freudenthal (Schwarzwald) 8,3 Prozent der Stimmen.

■ **Winterberg** – Auch fünf Jahre nach ihrem Tod bleiben die im November 1997 bei einem Autounfall ums Leben gekommenen Sauerländer Neonazis Andre Zimmermann, Thomas Kubiak und Harald Theo Mehr Märtyrer der Szene. 50 bis 60 Rechtsextremisten trafen sich nach Angaben des „Aktionsbüros Norddeutschland“ am 23. November zu einer Gedenkveranstaltung – nach BnR-Informationen in der Nähe von Brilon. Anschließend ging's zum Friedhof in Winterberg, wo Kubiak und Zimmermann begraben sind. Dort legten die Neonazis Kränze nieder mit der Aufschrift „Der Kampf geht weiter“. Polizeibeamte, die das Treffen beobachteten, werden im Bericht des Aktionsbüros als „Lumpen“ bezeichnet. Ähnliche Treffen werden auch für die Zukunft angekündigt: „Ein Nationalsozialist vergisst keinen Nationalsozialisten!“

Ausland

■ **USA (East Peoria, Illinois)** – Die rassistische World Church of the Creator (WCOTC) und ihr „Pontifex Maximus“, Matt Hale, scheinen finanzi-

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Adresse:

Berliner vorwärts Stresemannstr.30 10963 Berlin
PVST, DPAG, Entgelt bezahlt, A 13861 9
Heft 24/2002 Abo 401917
Antifaschistisches Pressearchiv und
Lausitzer Str. 10
10999 BERLIN

ell klamm zu sein. Wiederholt rief Hale in letzter Zeit die Anhängerschaft zu Spenden auf, um 3000 Dollar einzuwerben, die nach eigenen Worten dazu notwendig sind, den US Supreme Court anzufragen. Der Grund ist ein in zweiter Instanz bestätigtes Urteil gegen die WCOTC in einer Namensklage einer Church of the Creator aus Oregon, das Hale vor das oberste Bundesgericht bringen will. Hale ist sich seiner Sache absolut sicher: „Ich denke, dass wir eine wirklich gute Chance vor dem Supreme Court haben. Eines Tages wird meine Kopie der Anklageschrift in unserem Victory Museum liegen, nach unserer Machtergreifung. Das garantiere ich!“

Impressum

Verlag:

Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-100, Fax 25594-192

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-174, Fax 25594-499
e-mail: nandlinger@bnr.de
Internet: <http://www.bnr.de>

Kommentatoren:

Ralf Bachmann (Berlin)
Heiner Lichtenstein (Köln)

Layout:

OPS Berlin, Heike Rose

Herstellung:

Braunschweig-Druck GmbH, Ernst-Böhme-Str. 20
38112 Braunschweig

Abonnementverwaltung:

Taha Kahya, Vertrieb
Telefon (0 30) 2 55 94 - 130, Fax 2 55 94 - 199

Bankverbindung:

Postbank Berlin, BLZ: 10010010, Konto-Nr.: 673906-109
Erscheint 14-täglich, Bezug nur im Abonnement
Preis 75,00 Euro jährlich, inkl. Porto
Ermäßigt 43,00 Euro inkl. Porto
Probeabonnement (6 Hefte), Preis 13,00 Euro inkl. Porto.